

vor kurzem erschienene Abhandlung Schoofs, die unter dem Gesichtswinkel der Flurnamenforschung die Beziehungen zwischen Mark und Kirchspiel verfolgt und dabei beachtliche Ergebnisse erzielt.¹⁾

Braunschweig.

Karl Frölich.

Günther Wohlers, Die staatsrechtliche Stellung des Generalstabes in Preußen und dem deutschen Reich. Geschichtliche Entwicklung bis zum Versailler Frieden. Bonn und Leipzig, Kurt Schroeder 1921. 82 S. 8^o.

Das Versailler Friedensdiktat hat uns nicht nur die Zerkleinerung und organisatorische Umgestaltung unserer alten Armee aufgezwungen, sondern es hat es sich auch angelegen sein lassen, besonders „gefährliche“ Teile unserer bisherigen Militäreinrichtungen gänzlich zu zerstören. Dahin gehört vor allem der deutsche Große Generalstab, der nach dem Friedensinstrumente zusammen mit „anderen ähnlichen Formationen“ aufgelöst werden muß und in keinerlei Gestalt neugebildet werden darf (Art. 160). Mit ihm ist eines der hervorragendsten Elemente des preußischen und deutschen Heerwesens vernichtet worden, eine Einrichtung, mit deren Ausbildung und Wirksamkeit die stolzesten Namen unserer Militär- und Kriegsgeschichte verbunden sind. Wenn es daher der Verf. der vorliegenden Schrift unternahm, die „geschichtliche Entwicklung“ jener Einrichtung darzustellen, so wählte er sich ein Thema, das nun leider in besonderem Sinne der „Geschichte“ angehört, d. h. er konnte eine Entwicklung bis zu ihrem völligen Abschlusse schildern. Das letztere ist freilich *cum grano salis* zu verstehen. Gerade die staatsrechtliche Stellung des Generalstabes, auf die der Verf. sein Absehen gerichtet hat, befand sich in dem Augenblicke, in dem der Generalstab aufgelöst wurde, in einer Krisis, die mit der Krisis unserer gesamten Verfassung im Reiche und in Preußen zusammenhing. Wie die deutsche Militärorganisation im ganzen wegen der Eigenart unserer konstitutionellen und bundesstaatlichen Verhältnisse äußerst verwickelt und undurchsichtig war, so hatte auch die Stellung des Generalstabes etwas Problematisches an sich. Eine Klärung der Verhältnisse war im Gange, aber sie war noch nicht erfolgt, und so fiel der äußere Abschluß der Entwicklung nicht mit einem inneren zusammen.

Der Verf. hat das richtig gesehen und dem Leser verständlich dargestellt. Seine Arbeit, die auf fleißigem Quellenstudium beruht und sich vielfach, namentlich für die neuere Zeit, auf bisher unbekanntes, weil ungedrucktes Aktenmaterial stützt, bringt uns manche interessanten Aufschlüsse, zeichnet sich durch gute Beobachtung aus und gibt uns ein fesselndes Bild einer langen Entwicklungsreihe. Für die jüngste Zeit schöpft sie größtenteils aus den Kriegserinnerungen

¹⁾ Deutsche Flurnamenstudien. 2. Kirchspiel und Pfarre. Korr.-Bl. des Ges. Ver. 1918 Sp. 214 f., bes. Sp. 220 f.

der Heerführer und Staatsmänner. Der Verf. weiß sehr gut, daß diese Literatur in beträchtlichem Umfange apologetischen Charakter besitzt. Er ist deshalb in seinem Urteile mit Recht vorsichtig, trifft aber, wie ich glaube, dort, wo er sich entscheidet, meist das Richtige.

Den Inhalt der Schrift ausführlich zu schildern, fehlt der Raum. Hervorzuheben ist folgendes: Der Verf. stellt plastisch dar, wie der aus dem alten Quartiermeisterstabe herausgewachsene Generalstab durch Scharnhorst und Boyen äußerlich in das Kriegsministerium eingefügt wird, wie er sich dann seit 1821 und 1825 allmählich emanzipiert, wie er endlich die lange Zeit schon tatsächlich erlangte Immediatstellung durch die — bisher unbekannte — Order vom 24. Mai 1883 empfängt (S. 1—32). Die Betrachtung dieser, mit der Verantwortlichkeit des Kriegsministers scheinbar unverträglichen Stellung führt den Verf. an die alte staatsrechtliche Kontroverse heran, die sich über das Verhältnis von „Kommandogewalt“ und „Regierungsgewalt“ in Preußen entsponnen hatte (S. 33—39). Der Verf. nimmt zu ihr nicht ausdrücklich Stellung; er schreibt als Historiker, nicht als Jurist, und er will die staatsrechtlichen Unklarheiten nicht beseitigen, sondern ihre Existenz als historisch wichtige Tatsache buchen. Immerhin scheint er sich doch innerlich für die in dem Buche von Marschall von Bieberstein, Verantwortlichkeit und Gegenzeichnung usw. (1911) vertretene Auffassung entschieden zu haben. Dazu wäre manches zu sagen (s. meine Reichsaufsicht S. 566), wenn die Frage nicht in der Tat heute bloß geschichtliche Bedeutung besäße. Größeres Interesse beansprucht die Darlegung, wie sich der preußische Generalstab zu einer Reichseinrichtung entwickelt, und wie sich das staatsrechtliche Verhältnis zwischen der im Generalstabe gipfelnden Heeresleitung und der in der Hand des Reichskanzlers liegenden politischen Leitung vor und unter Kaiser Wilhelm II., schließlich in der Zeit des Weltkrieges gestaltet hat, dessen unglücklicher Verlauf jedenfalls zum Teil mit einer ungenügenden Lösung jenes organisatorischen Problems zusammenhing (S. 39—69). Obwohl diese Auseinandersetzungen an einigen Stellen der Klarheit ermangeln (so z. B. S. 43 in bezug auf die Bedeutung der bayerischen Reserverate), gelegentlich auch wohl quellenmäßig nicht genügend fundiert sind (vgl. die Behandlung der deutsch-russischen Konvention von 1873 auf S. 54), so werden doch gerade sie bei Historikern wie Juristen unzweifelhaft Beachtung finden.

Berlin.

Heinrich Triepel.

Edwin Mayer-Homburg †, Beweis und Wahrscheinlichkeit nach älterem deutschen Recht. Marburg 1921, N. G. Elwertsche-Verlagsbuchhandlung. VIII u. 304 S. 8°.

Die vorliegende Schrift beschäftigt sich mit der Frage der Beweis-zuteilung, will also feststellen, aus welchem Grunde im germanischen Prozeß bald die eine, bald die andere Partei und gerade sie zum Be-